

4. September 2010

Von Hamburg lernen

Warum die saarländische SPD nun doch gegen die fünfjährige Grundschule ist

Von Heike Schmoll

BERLIN, 3. September. Die Entscheidung der saarländischen SPD, nicht mehr am fünften Grundschuljahr festzuhalten, ist ganz offensichtlich auf die Hamburger Erfahrungen mit der Grundschulverlängerung zurückzuführen. Während der saarländische Kultusminister Kessler (Grüne) die vierjährige Grundschule ähnlich wie seine Hamburger Parteikollegin Goetsch für eine verfrühte Selektion hält, hat sich die SPD auch vom Leiter des Hamburger Instituts für Lehrerbildung, Peter Daschner, beraten lassen. Er hatte den Saarländern geraten, lieber die Finger von einer Verlängerung der Grundschulzeit zulassen.

Dort hatte sich längst eine breite Front des Protests gebildet. Sämtliche Eltern- und Schülerverbände hatten sich zu einem Aktionsbündnis gegen die Schulereform zusammengeschlossen und Unterschriften gesammelt. In einem der Strategiegespräche mit den wichtigsten Verbandsvertretern hat selbst der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft GEW, Balnis, darauf verzichtet, für die fünfjährige Grundschule einzutreten. Er sprach vielmehr von einer „bildungspolitischen Sackgasse“. Dass der Philologenverband und die saarländische Schulleitervereinigung von Anfang an gegen die Verlängerung der Grundschulzeit waren, überrascht dagegen weniger. Allerdings hatten sich auch immer mehr Kommunalpolitiker gegen das fünfte Grundschuljahr - ohnehin schon ein Ersatz für die eigentlich von den Grünen intendierte sechsjährige Grundschule - ausgesprochen. Die Saarbrücker Bürgermeisterin Charlotte Britz (SPD) hatte die Kosten für die Grundschulreform auf 14 Millionen Euro beziffert und sie deshalb als zu teuer und darüber hinaus unnützlich bezeichnet.

Ausschlaggebend für die Entscheidung der SPD-Fraktion im Saarland waren allerdings weniger die Klagen der Stadtoberhäupter als der breite Widerstand in der Bevölkerung. „Das 5. Grundschuljahr war nie unsere Idee“, hat die SPD jetzt mitgeteilt. 60 Prozent der Grundschulen hätten keine Räumlichkeiten, für die Schulträger hätte die Reform immense Kosten bedeutet, der Lehrereinsatz wäre ungeklärt gewesen, es wären zusätzliche Hürden beim Wechsel vom einen in ein anderes Bundesland entstanden, außerdem hätten die Lehrpläne aller Schulformen überarbeitet werden müssen. Am Mittwoch der kommenden Woche werden sich die Regierungs- und Oppositionspolitiker in Saarbrücken dennoch zum Gespräch treffen. Sie werden nun allerdings nicht mehr über die Grundschulverlängerung sprechen, sondern über die Gemeinschaftsschulen. Auch hier wäre eine Verfassungsänderung mit Zweidrittelmehrheit erforderlich. Offensichtlich will die saarländische SPD sich auch in diesem Punkt an den Hamburger Entwicklungen orientieren und die Klassengrößen gesetzlich festschreiben und senken. In den Grundschulen sollen höchstens 22 Schüler in einer Klasse sein, in den Gemeinschaftsschulen 23, in den Gymnasien höchstens 27. In Hamburg hat übrigens die frühere Schulsenatorin Rosemarie Raab (SPD), eine Verfechterin des längeren gemeinsamen Lernens, wegen der Volksabstimmung den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD niedergelegt.